

EU will Balkan auf Kurs bringen

Albanien, Mazedonien und der Kosovo kämpften zuletzt mit massiven innenpolitischen Krisen. Aber jetzt übt die EU zusammen mit den Amerikanern Druck auf zerstrittene Parteien aus.

STEFAN VEIGL

TIRANA. Seit drei Monaten war es das Zelt der oppositionellen Demonstranten in Tirana. Es blockierte den zentralen Boulevard der albanischen Hauptstadt und stand genau zwischen Parlaments- und Regierungsgebäude. Errichtet wurde es über Nacht – und ohne Genehmigung. Denn schon seit Monaten warf die oppositionelle bürgerliche Demokratische Partei (PD) der von der sozialistischen Partei (PS) geführten Regierung Verwicklungen in die organisierte Kriminalität sowie Wahlfälschungen vor.

PD-Chef Lulzim Basha kündigte sogar an, die für 18. Juni angesetzten Parlamentswahlen zu boykottieren. Samstags gab es häufig Demonstrationen durch Tirana. Die EU-Perspektive des Landes mit 2,8 Millionen Einwohnern, das seit 2014 Beitrittskandidat ist, rückte angesichts dieser Krise in weite Ferne. Denn im Gegenzug hatte der sozialistische Ministerpräsident Edi Rama die Opposition beschuldigt, eine groß angelegte Reform der Justiz – Voraussetzung für EU-Beitrittsverhandlungen – zu verhindern, weil sie mit korrupten Richtern und Staatsanwälten verhandelt sei. Denn von 2005 bis 2013 war die PD an der Macht.

Vor knapp zwei Wochen kam es aber zur Einigung zwischen PD und PS. Grundlage dafür war ein von der EU und den USA durchgesetzter Kompromiss (Albanien ist seit 2009 NATO-Mitglied). Vermittelt hatte ihn der deutsche EU-Abgeordnete David McAllister. Demnach soll die Opposition das Amt eines Vizepremiers sowie vier wichtige Ministerien und den Vorsitz in der staatlichen Wahlkommission erhalten. Zudem sollen die Wahlen auf 25. Juni verschoben werden, um der PD die Teilnahme zu ermöglichen.

Ein ähnliches politisches Patt lähmte auch den Nachbarstaat Mazedonien (zwei Millionen Einwohner): Nach der Wahl vom Dezember 2016 hatte sich der konservative Präsident Gjorge Ivanov (VMRO-DPMNE) zunächst monatelang geweigert, den Chef der Sozialdemokraten (SDSM), Zoran Zaev, mit der



Mitte Mai gab es die letzte Großdemonstration in Tirana. Noch ist nicht sicher, ob der Polit-Kompromiss hält. BILD: SN/AP

Regierungsbildung zu beauftragen – obwohl dieser eine mehrheitsfähige Koalition hinter sich hatte. Grund war, dass auch drei Parteien der albanischen Volksgruppe, die rund ein Viertel der mazedonischen Bevölkerung stellt, Teil der Koalition waren. Besonders auf Widerstand stieß Zaevs Plan, Albanisch als zweite Amtssprache einführen. Am 27. April stürmten sogar Anhänger der VMRO-DPMNE das Parlament in Skopje. Dabei wurden rund 100 Personen verletzt.

Am 17. Mai kam es aber auch in Mazedonien, nicht zuletzt auf Druck von EU und USA, zu einer Einigung. Seither ist Zaev dabei, seine Regierung zu bilden. Bei der ab heute, Dienstag, angesetzten Parlamentsitzung soll die Ministerliste offiziell bestätigt werden.

Auch im mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo – seit 2008 unabhängig und mittlerweile von mehr als 110 Staaten anerkannt – ist

eine Lösung der innenpolitischen Krise in Sicht: Dort gibt es am 11. Juni eine vorgezogene Neuwahl. Denn die Koalition der konservativen LDK von Premier Isa Mustafa mit der radikalen PDK des Parlamentspräsidenten Kadri Veseli war durch ein Misstrauensvotum der Opposition gestürzt worden.

Auch Österreich hilft mit Projekten

Vorausgegangen war ein monatelanger Konflikt, weil wegen fehlender Mehrheiten in der Volksvertretung kein wichtiges Vorhaben durchgesetzt werden konnte. Das kleine Land mit zwei Millionen Einwohnern gilt trotz Finanzhilfen der USA und EU in Milliardenhöhe, einer NATO-geführten Schutztruppe und der größten EU-Auslandsmission (EULEX) als eines der korruptesten Länder Europas.

Auch Österreich ist in diesen Staaten aktiv: Albanien und der Kosovo sind Schwerpunktländer der Austrian Development Agency (ADA), der entwicklungspolitischen Agentur, die vom Außenministerium finanziert wird. Projekte gibt es auch in Mazedonien.

In Albanien fördert die ADA die touristische Entwicklung des Dajti-Nationalparks, ein Reintegrationsprogramm samt Berufsausbildung für geflüchtete Familien, die zurückgeschoben wurden, und die Einführung einer EDV-gestützten Schulverwaltung.

Heinz Habertheuer, Büroleiter der ADA in Tirana, sagt: „Wir wollen die drei Länder bei ihren Reformbemühungen unterstützen. Daher finanzieren wir Projekte, die Modellcharakter haben.“ Aber gerade in Albanien sei die politische Situation noch angespannt: „Wir werden erst sehen, ob der EU-Kurs gehalten wird.“

KURZ GEMELDET

50.000 in der Türkei seit Putschversuch in Haft

ISTANBUL. Im Zusammenhang mit dem Putschversuch in der Türkei sitzen inzwischen mehr als 50.000 Verdächtige wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung in Untersuchungshaft. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu sind darunter 8816 Polizisten, 6982 Soldaten und 2431 Richter. SN, dpa

Geheimdienst prüft nach Anschlag Pannen

LONDON. Der britische Inlandsgeheimdienst MI5 hat einem Insider zufolge eine interne Untersuchung zum Anschlag in Manchester eingeleitet. Laut BBC waren mindestens drei Warnungen vor dem späteren Selbstmordattentäter eingegangen, der vergangene Woche bei dem Anschlag auf ein Popkonzert 22 Menschen getötet hat. SN, Reuters

Über 100.000 Afghanen mussten flüchten

KABUL. In Afghanistan sind seit Jahresbeginn rund 103.000 Menschen vor Gefechten zwischen radikalislamischen Taliban und Sicherheitskräften aus ihren Heimatdörfern geflohen. Zwangsvertreibung gebe es in 29 der 34 Provinzen, heißt es in einem neuen Bericht der UNO-Agentur zur Koordination humanitärer Hilfe (OCHA). SN, dpa

EU weitet Sanktionen gegen Assad aus

BRÜSSEL. Die EU verlängert die Sanktionen gegen das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad um ein Jahr bis 1. Juni 2018. Außerdem wurden am Montag drei weitere syrische Minister auf die Sanktionsliste gesetzt. SN, dpa

Seilbahn wird neuer Zankapfel in Nahost

JERUSALEM. Israels Regierung hat den Bau einer Seilbahn von Westjerusalem zum Ölberg und zur Klagemauer beschlossen. Dort befindet sich der Tempelberg mit der Al-Aksa-Moschee. Bauprojekte in dessen Nähe haben immer wieder zu Spannungen mit den Palästinensern geführt. SN, dpa

Der General, der Österreich bei der NATO vertritt

Ein Frühstück mit Österreichs oberstem Militär in Brüssel in Zeiten des Trump-Besuchs bringt Unvorhergesehenes.

„Kommen S' doch einfach in die NATO-Cafeteria. Die ist net schön, aber dann sehn S', wie das hier ist“, so schlägt Österreichs oberster Militärvertreter bei EU und NATO, Generalleutnant Günter Höfler, in kaum zu verbergendem Steirisch den Treffpunkt für ein Frühstück vor.

Doch daraus wird nichts. Am Tag nach dem Trump-Besuch ist die Kantine wegen Aufräumarbeiten geschlossen, außerdem schiebt sich noch ein dringender Morgentermin im SHAPE, dem Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa, dazwischen. Es liegt in Mons, gut eine Stunde von Brüssel entfernt. Das Frühstück rutscht in Richtung Mittag und näher zu den EU-Institutionen in die Parkside-Brasserie. Höfler redet gern und hat viel zu sagen.

Das eine oder andere Mal habe ihn seine offene Art in die Bredouille gebracht, erzählt er. Einst habe er in einem Interview Österreichs Neutralität als „sentimentales Gut“ bezeichnet und vorgeschlagen, die Eurofighter vielleicht auch im Ausland einzusetzen – ein Hoppala, das ihm heute nicht mehr so passiert. Letztlich

hat ihm die Politik immer verziehen, denn die Kontakte und die Erfahrung des Drei-Sterne-Generals sind nicht leicht zu ersetzen. Höfler ist einer von knapp 40 heimischen Militärs, die seit den 1950er-Jahren den US-Generalstabslehrgang in Leavenworth, Kansas, absolviert haben. Er war Leiter des Instituts für Offiziersausbildung an der Militärakademie und der erste Militärattaché beim Bündnis, als Österreich 1995 der NATO-Partnerschaft für den Frieden beigetreten ist. „Ich hab einfach aufgezeigt“, sagt der gebürtige Weizer.

Zurück in Österreich, wurde er Kommandant für internationale Einsätze, 2006 Streitkräftekommandant. Was ihm als Abgänger des United States Army Command and General Staff College ein Foto in der dortigen Hall of Fame einbrachte, nicht weit von General Dwight D. Eisenhower oder Colin Powell. Sechs Jahre später wechselte er zum Abschluss



Drei-Sterne-General Günter Höfler BILD: SN/MG

der Karriere noch einmal nach Brüssel. Ein „Big Change“, wie der 64-Jährige erzählt: Dort hatte er 26.000 Leute unter sich, hier 21.

Was ihn aber viel mehr irritiert als die kleinere Befehlsstruktur, ist das mangelnde Bewusstsein in Österreich, wie viel Einfluss ein kleines Land haben kann – wenn es die Möglichkeiten in Brüssel nutzt. Und wie rasch sich Kontakte knüpfen lassen, wenn man halbwegs gut Englisch spricht. Beides sei nach wie vor nicht selbstverständlich, sagt Höfler.

Ob die EU jemals die Verteidigungsgemeinschaft wird, die jetzt diskutiert wird? „Wir wären stark, wenn wir wollten“, sagt er, aber es fehle der entscheidende politische Wille. „Wir müssen die EU weiterbringen, auch für unsere Kinder – denn was ist die Alternative?“

FRÜHSTÜCK IN BRÜSSEL

Monika Graf



MONIKA.GRAF@SALZBURG.COM